

DEMO

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR
KOMMUNALPOLITIK

Nr. 09/10 2016
32 Seiten in
der Heftmitte



Sozialpolitik in den
Kommunen
Niemanden zurücklassen

„Wir reden NRW nicht schlecht, wir packen an!“

Im Mai 2017 sind Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Grund genug, Bilanz über die Regierungspolitik von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und der rot-grünen Regierung zu ziehen. Wir trafen sie in der Staatskanzlei zum Sommerinterview.



Frau Ministerpräsidentin, liebe Hannelore, Du setzt in NRW auf vorbeugende Politik. Wie fällt die Zwischenbilanz von „Kein Kind zurücklassen“ aus?

Durchweg positiv. Wir sind 2012 mit 18 Modellkommunen gestartet, um eine vorbeugende Unterstützung für Kinder und Familien zu erproben und weiter zu entwickeln. Entlang dem Werdegang eines Kindes von der Geburt bis zur Ausbildung müssen wir Kinder und Familien unterstützen, wenn es notwendig ist. Präventionsketten nennen das die Fachleute. Ich nenne das Brücken des Vertrauens zu den Eltern. Die Auswertungen in den 18 beteiligten Städten und Kreisen belegen: Vorbeugung funktioniert, wirkt und lohnt sich. Die Modellkommunen haben vor Ort viel erreicht. Insgesamt ist die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen zu über 80 Prozent ganz oder teilweise gelungen. Das ist ein Erfolg. Wir werden „Kein Kind zurücklassen“ noch in diesem Jahr auf weitere Kommunen in NRW

ausweiten. Wir wollen, dass mehr Kinder und Jugendliche bessere Chancen haben. Das ist gut für die Kinder und Familien, das bekämpft den Fachkräftemangel, stärkt damit den Wirtschaftsstandort und reduziert die sozialen Reparaturkosten.

Was steckt hinter dem Programm „Gute Schule 2020“?

Die Landesregierung hat von Beginn an einen starken Schwerpunkt auf den Bereich Bildung gesetzt. Seit 2010 haben wir rund 170 Milliarden Euro investiert in Kinder, Bildung und Familie. Jeder dritte Euro des Landeshaushalts geht in diesen Bereich. Jetzt entwickeln wir zusammen mit der NRW.BANK das Investitionsprogramm „Gute Schule 2020“, welches sicherstellt, dass für unsere Städte und Gemeinden ab 2017 zwei Milliarden Euro für die Renovierung der Gebäude und Klassenzimmer und auch den



digitalen Aufbruch Schule 4.0 bereit stehen. Die Kommunen kostet dieses Programm nichts – außer guten Plänen und Ideen für die Renovierung ihrer Schulen. Das kann von neuen Fenstern, Sanierung kaputter Toiletten, über WLAN bis zum digitalen Klassenraum reichen.

Du bist bei Treffen und Gesprächen mit den Spitzen der NRW-Wirtschaft in engem Kontakt. Wie steht das Land 70 Jahre nach seiner Gründung wirtschaftlich da?

Wir sind ein starker und innovativer Wirtschaftsstandort. „Nordrhein-Westfalen ist einfach ein

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser,

Bauminister Mike Groschek hat vor einigen Tagen ein Bündnis für Infrastruktur gefordert und wird zitiert mit den Worten: "Der Schaukelstuhl einer Vorruhestandsgesellschaft darf nicht zum Wappentier von Nordrhein-Westfalen werden." Ja, genau! Unser Bauminister setzt sich auseinander mit einer gesellschaftlichen Tendenz, die auch in den Städten und Gemeinden leider weit verbreitet ist. Ja, es ist so, das Verhindern, Blockieren und Infragestellen von Projekten ist ganz offensichtlich einfacher zu organisieren als die Aussage: Wir sind dafür! Wir sind mutig und stehen zu einem Vorhaben, egal ob es sich dabei um eine Gewerbeansiedlung oder einen neuen Kinderspielplatz handelt.

Ich will damit nicht alle Umwelt-, Luft- oder Lärmschutzvorschriften geißeln. Auch, dass es Klagemöglichkeiten gegen öffentliche Entscheidungen und Vorgaben gibt, gehört ohne Wenn und Aber zu einem Rechtsstaat. Ich wehre mich nur und entschieden gegen jegliche Art von Mehltau, der sich viel zu häufig über Infrastrukturprojekte jegli-

cher Art legt und im besten Fall „nur“ Zeit und Geld kostet.

Es tritt noch ein weiterer Aspekt hinzu, und dieser bekommt mit den Wahlergebnissen aus Mecklenburg-Vorpommern einen ganz aktuellen Bezug: Es

braucht in der Politik eine aufrechte Haltung und klare Worte zu geeigneter Zeit. Das gilt gerade dann, wenn es gegen organisierte Einzelinteressen geht oder eben die „Bürgerruhe beim Kaffeetrinken“. Sigmar Gabriel hat 2009 bei seiner Antrittsrede gesagt, dass wir da hinmüssen, wo es brodelt, riecht und stinkt!

Ich bin fest davon überzeugt, dass gerade die Menschen in den Städten und Gemeinden ein feines Gespür dafür haben, was geht und was nicht. Aber sie werden immer auch Mut honorieren – den Mut, auch zu kritischen Entscheidungen zu stehen und Dinge am Ende auch gegen Widerstände durchzusetzen.

Nicht schönreden, sondern gut machen – das muss unsere Richtschnur sein.

Glückauf!

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt
Gelsenkirchen



Foto: Stadt Gelsenkirchen | Carin Moritz

Fortsetzung von Seite 1

„Wir reden NRW nicht schlecht, wir packen an!“

starkes Stück Deutschland“, hat Bundeskanzlerin Merkel beim Festakt zum 70-jährigen Bestehen unseres Landes gesagt. Dem kann man nicht widersprechen. In Regionen wie Südwestfalen, Ostwestfalen, Münsterland, aber auch an der Rheinschiene brummt die Wirtschaft. Und auch in Teilen des Ruhrgebiets geht es voran. Aber wir wissen, dass noch große Herausforderungen vor uns liegen. Nur, wir reden das Land nicht schlecht, wir packen an. Denn wir in NRW können Wandel. Gemeinsam haben wir uns in den 70 zurückliegenden Jahren Herausforderungen gestellt, die kein anderes Land über eine solch lange Strecke zu bewältigen hatte. Und wer sich mal vergleichbare Kohle- und Stahlregionen in Nordfrankreich oder England anschaut, sieht, wie gut wir das hier geschafft haben. Mit 9,18 Millionen Erwerbstätigen hatten wir noch nie so viele Menschen in Arbeit wie jetzt. Bei den ausländischen Direktinvestitionen liegt NRW mit rund 190 Milliarden Euro auf Platz Eins – so viel wie Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

Brauchen wir einen Ruhr-Soli?

Ich glaube, dass uns diese Diskussion nicht weiter bringt. Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet sind stark und keine Bittsteller. Wir haben bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs dafür gekämpft, dass wir mehr von dem behalten können, was hier erwirtschaftet wird und erkennbar wird, dass NRW Zahlerland ist. Das würde uns künftig sehr helfen. Hier muss der Bundesfinanzminister endlich seine Blockade gegen den Länderfinanzausgleich aufgeben. Und die Förderprogramme des Bundes sollen nach 2019 stärker nach dem regionalen Bedarf und nicht nach Himmelsrichtung verteilt werden. Auch das ist richtig.

Stichwort Wandel. Wie stellt sich NRW digital auf?

Der digitale Wandel wird Gesellschaft und Wirtschaft tiefgreifend verändern. Er ist mit Risiken verbunden, bietet uns aber große Chancen. Die wollen wir nutzen, denn Prognos hat ermittelt, dass wir bis 2025 allein in den Kernbranchen 15,6 Milliarden Euro an zusätzlicher Wertschöpfung rausholen können, wenn wir es richtig machen. Und wir sind auf dem richtigen Weg. Wir

haben als erstes Bundesland eine Zukunftsstrategie für Digitale Wirtschaft vorgelegt und fördern in den nächsten vier Jahren konkrete Maßnahmen mit bis zu 42 Millionen Euro. Dazu gehören



sechs Digitalzentren in Aachen, Bonn, Düsseldorf, Köln, Münster und im Ruhrgebiet. Wir fördern gezielt junge, kreative Startups. Und unsere Zusage gilt: Bis 2018 flächendeckend schnelles Internet von mindestens 50 Megabit und in den Gewerbegebieten Glasfaser. Dafür stehen bis 2018 bis zu einer Milliarde Euro bereit.

Terrorangst und Amokläufe haben in diesem Sommer das öffentliche Bild geprägt. Wie schützt die Regierung die Bürgerinnen und Bürger?

Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Unsere Sicherheitsbehörden tun alles, um die Bevölkerung bestmöglich vor Anschlägen zu schützen. Und wir investieren massiv in neue Polizistinnen und Polizisten und eine gute Ausstattung unserer Polizei. Schon als wir 2010 die Regierung übernommen haben, haben wir die schwarz-gelbe Ideologie des schlanken Staats auch bei der Polizei beendet und die Ausbildungszahlen bei der Polizei wieder nach oben gesetzt. Wir haben die Stellen für Polizeianwärter in einem ersten Schritt von 1100 auf 1400 erhöht. Inzwischen sind wir schon bei knapp 2000 neuen Polizistinnen und Polizisten jedes Jahr. Das sind so viele wie nie zuvor und die meisten bundesweit. Denn wir brauchen gut qualifiziertes Personal bei der Polizei. Das Thema Innere Sicherheit ist uns wichtig.

Wie schaffen wir es, diejenigen, die zu uns kommen, schnell und gut zu integrieren?

Wir haben in NRW eine ganz andere Geschichte, wir haben immer Zuwanderung gehabt und wissen, was zu tun ist. Natürlich gab es am Anfang auch Feh-

ler, als man glaubte, die Zugewanderten sind Gastarbeiter, die nicht Deutsch lernen müssen, weil sie wieder gehen. Heute wissen wir, dass Sprache der Schlüssel für gute Integration ist. Und

andere Bundesländer beneiden uns zum Beispiel um unser flächendeckendes Netz von Kommunalen Integrationszentren. Sie sind der Dreh- und Angelpunkt für die Organisation von Integration. Damit Integration gelingt, muss man im Sinne einer vorbeugenden Politik am Anfang in Maßnahmen investieren. Rund 4,6 Milliarden Euro hat das Land im Haushalt für Unterbringung und Integration beantragt. Unter anderem haben wir 6.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Doch ohne die Unterstützung der Kommunen wäre es uns nicht gelungen, die große Zahl an Flüchtlingen in 2015 zu bewältigen, und auch bei der Integration können sich die Kommunen auf das Land als verlässlichen Partner verlassen.

Du bist Ministerpräsidentin des größten Bundeslandes und stellvertretende Parteichefin der Bundes-SPD. Worauf bist Du besonders stolz?

Ich sage einmal ganz selbstbewusst: Ohne die NRWSPD würde es den Mindestlohn nicht geben! Und das sind 800.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen, die jetzt zumindest etwas mehr Lohn bekommen. Ich kann mich erinnern: Ich stand mal am 1. Mai auf einem Platz, da kam einer auf mich zu und zeigte mir seine Abrechnung: 3,49 Euro und die Anfahrt musste er noch selber bezahlen. Damit ist jetzt Schluss, und darüber freue ich mich. In NRW haben so viele Menschen wie nie zuvor Arbeit. Wir haben seit 2010 die Investitionen in Kinder, Familien und Bildung um ein Drittel gesteigert. „Kein Kind zurücklassen“ ist erfolgreich. Unsere Digitalstrategie wirkt. Wir haben Polizei und Justiz gestärkt, weil uns das wichtig ist. Auch angesichts dieser Fakten freue ich mich auf den Wahlkampf. Das ist die Zeit, um mit den Bürgerinnen und Bürgern über Inhalte zu reden. Wir haben hier in NRW noch eine Menge vor für eine gute Zukunft unseres Landes.

Land und Kommunen machen Tempo beim Wohnungsbau

NRW ist Spitze bei Baugenehmigungen und im geförderten Wohnungsbau

Von **Michael Groschek**, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW

Die Wohnungsbauoffensive des Landes kommt voran: Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen ist im ersten Halbjahr 2016 um 41 Prozent gestiegen. Die Bauämter in NRW gaben mehr als 31.400 Wohnungen zum Bau frei und damit so viele wie seit 15 Jahren nicht mehr. Gerade im Geschosswohnungsbau hat sich viel getan – auch in Boomstädten wie Düsseldorf, Köln, Bonn oder Münster. Die meisten Kommunen haben sich auf die stark gewachsene Nachfrage eingestellt und ihre Kapazitäten angepasst. Die Wohnungspolitik ist vielerorts im Land zur Chefsache in den Rathäusern geworden.



300 Millionen Euro mehr für den geförderten Wohnungsbau

Im geförderten Wohnungsbau ist NRW unangefochten deutscher Meister: Fast 40 Prozent aller in 2015 bundesweit geförderten Mietwohnungen wurden bei uns im Land gebaut. Und wir nehmen weiter Fahrt auf: Wir steigern den sozialen Wohnungsbau derzeit doppelt so schnell wie im Bundesdurchschnitt. Nachdem wir im letzten Jahr die Förderbedingungen weiter verbessert haben, werden wir von Investoren förmlich überrannt. Ende Juli 2016 lag das Förderergebnis im Mietwohnungsbau um 144 Prozent über dem Vorjahresstand. Wegen der enormen Nachfrage haben wir das Darlehensvolumen von 800 Millionen auf 1,1 Milliarden Euro für die Jahre 2016 und 2017 erhöht. Mit der Aufstockung um rund 300 Millionen Euro ist ein klares Signal an Kommunen und Investoren verbunden: Der eingeschlagene Weg zu mehr bezahlbarem Wohnraum kann jetzt noch intensiver verfolgt werden.

Preiswerten Wohnungsbau schneller möglich machen

Unser Ziel ist, die Neubauaktivität in NRW in den kommenden Jahren zu verdoppeln. Dafür haben wir längst zum Spurt angesetzt. Überzogene Regulierungen auf Bundesebene hängen uns aber wie Blei an den Füßen. Jeder

sieht beispielsweise ein, dass Maßnahmen für den Klimaschutz unumgänglich sind. Niemand aber kann verstehen, wenn die notwendigen Vorschriften zur Kunststoffform erhoben werden. Wir müssen die Reglementierung auf Maß und Mitte zurückführen, um guten und preiswerten Wohnungsbau schneller möglich zu machen.

Über Stadtgrenzen hinweg planen und entwickeln

Dafür brauchen wir auch eine neue Planungskultur in den Kommunen – insbesondere in der Zusammenarbeit über die Stadtgrenzen hinweg. In Zukunft werden nicht mehr alle Großstädte ihren Wohnraumbedarf auf dem eigenen Stadtgebiet decken können. Geeignete Bauflächen sind vielerorts knapp. Wir haben deshalb alle Großstädte und ihre Nachbarkommunen im Rahmen der Initiative „StadtUmland.NRW“ eingeladen, gemeinsame Zukunftskonzepte für eine integrierte Raum- und Mobilitätsentwicklung zu erarbeiten. Wie die Flächenpotenziale in den Umlandgemeinden der Metropolstädte bestmöglich genutzt werden können, lässt sich bereits heute erleben, beispielsweise in Neuss-Weckhoven. Der Neusser Bauverein setzt hier die Ergebnisse des Landeswettbewerbs für den Wohnungsbau aus dem Jahr 2012 um: Auf einem rund 24.000 Quadratmeter großen Areal entstehen rund 200 barrierefreie Mietwohnungen, von denen mehr als 80% gefördert sind. Attraktive Außenflächen und begleitende Sozialangebote tragen dazu bei, dass sich Menschen jeden Alters wohl fühlen werden. Mit Unterstützung des Landes entsteht hier nicht etwa ein Hochhausghetto am Rand der großen Stadt, sondern ein lebenswertes Stück Heimat.

Demokratie leben!

Von **Manuela Schwesig**, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



© Bundesregierung/Denzel

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Was in Wahlkämpfen und politischen Auseinandersetzungen in Europa und darüber hinaus immer wieder auf der großen Bühne deutlich wird, erleben jeden Tag diejenigen, die sich in Kommunen engagieren. Von Gleichgültigkeit und sinkender Wahlbeteiligung über Politikverdrossenheit, die in offene Ablehnung und Verachtung umschlägt, reicht das Spektrum bis zu Hass und Gewalt. Einschüchterungsversuche und Angriffe gegenüber Ehrenamtlichen, kommunalpolitisch Engagierten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern nehmen dramatisch zu. Eine neue Unübersichtlichkeit von Rechtspopulisten, Neonazis, Islamisten, militanten Linken, Antisemiten, Islamfeinden, Homo- und Transfeinden greift die Demokratie von verschiedenen Seiten her an, und die Radikalisierungstendenzen reichen bis in die Mitte der Gesellschaft.

Zum Glück erleben wir auch das Gegenteil: Menschlichkeit und Güte, vor allem aber viel Engagement. Mittlerweile engagieren

sich über 30 Millionen Menschen freiwillig, das sind über 40 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Wo Rechtsextreme versuchen, die lokale Zivilgesellschaft zu unterwandern, regt sich in der Regel Widerstand, mutig, kreativ und meist von der lokalen Politik unterstützt. Unsere Demokratie mag angegriffen werden. Aber sie lebt und wehrt sich.

Die beschriebenen Polarisierungstendenzen haben sich seit der Ankunft von mehr als einer Million geflüchteter Menschen im letzten Jahr deutlich verschärft. Allerdings sind Flucht und Asyl nicht Ursache, sondern Anlass für Hass, Verunsicherung und Populismus, aber auch für eine enorme Hilfs- und Engagementbereitschaft. Es sind auch hier die Kommunen, die im Brennpunkt stehen: Die Flüchtlinge kommen an, wollen aufgenommen werden und Perspektiven bekommen; gleichzeitig gilt es, die lokale Gesellschaft zusammenzuhalten und diejenigen zu unterstützen, die sich engagieren - und dies alles bei oft knappen finanziellen Ressourcen.

Der Bund unterstützt die Kommunen dabei. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ist ein breit angelegtes Unterstützungsprogramm für die lokale Demokratie und es ist noch erheblich mehr: ein Präventionsprogramm mit Aussteigerberatung, Opferberatung und mobilen Beratungsteams in allen 16 Bundesländern, ein Strukturförderprogramm für die bundeszentralen Träger der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit und eine Plattform, um in Modellprojekten neue Antworten auf neue Herausforderungen auszuprobieren.

Ein Kernelement des Programms sind die bundesweit 232 lokalen „Partnerschaften für Demokratie“. Sie bringen Menschen und Vereine, Initiativen und Organisationen auf kommunaler Ebene zusammen, um gemeinsam für eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft einzutreten. Ein Aktions- und Initiativfonds ermöglicht in den geförderten Kommunen die Finanzierung von Einzelmaßnahmen: Informationsmaterial, Jugend-

projekte, Theaterstücke, Musik und Sport. Extremistische Bewegungen nutzen oft den Raum und den Frust, der entsteht, wo sich die Demokratie zurückziehen scheint; Engagierte verlieren den Mut oder stehen allein. Partnerschaften für Demokratie gewinnen diesen Raum zurück, überall in Deutschland. Sie bieten Rückenwind für Engagierte und Akteure vor Ort. Wir stehen an Eurer Seite! Zwischenergebnisse der Programmevaluation „Demokratie leben!“ zeigen, dass solche Präventions- und Interventionsangebote der richtige Weg sind. Sie geben ein klares Zeichen wehr-

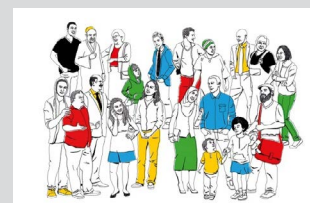
104,5 Millionen Euro, die zum einen für die Verstärkung der bestehenden Programmstrukturen, zum anderen zur Erschließung neuer Zielgruppen verwendet werden. Diese Verdopplung der Förderung ist eine Antwort auf wachsende Gefahren für die Demokratie und gleichzeitig ein Signal der Bedeutung, die die Bundesregierung der lokalen Arbeit für Demokratie und Vielfalt beimisst. Der nächste Schritt muss eine Verstärkung unserer Arbeit sein.

Im Juli hat die Bundesregierung darüber hinaus eine Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung verabschiedet. Sie zielt darauf ab, bundesweit an die für die Extremismusprävention und Demokratieförderung entscheidenden Orte zu gehen – in die Sozialräume, Kommunen und Landkreise, in die Institutionen, Vereine und Verbände, an die Schulen, überall dorthin, wo sich Menschen für die Stärkung der Demokratie und die Verteidigung der Menschen- und Freiheitsrechte einsetzen. Wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ist die Strategie von dem Gedanken getragen, die Vielzahl der vorhandenen Einzelinitiativen zu einer gesellschaftlichen Kraft zu bündeln.

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie wird angegriffen und sie ist bedroht: von Gleichgültigkeit und Frust, von Hass und Gewalt. Demokratie muss gestärkt und vor allem gelebt werden: im Alltag der politischen Auseinandersetzung, in den Kommunen, in der Zivilgesellschaft. Viele Menschen tun das, jeden Tag. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bekommen sie - und damit unsere Demokratie - eine Unterstützung, die sie verdient und nötig haben. Nur mit vereinten Kräften gelingt lebendige Demokratie!

Weitere Informationen zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und den Projekten vor Ort finden sich im Internetportal

www.demokratie-leben.de



Demokratie **leben!**

Langjährige, vielfältige Arbeit gegen Rechtsextremisten

Von **Anna Spaenhoff**, externe Projektbegleiterin des Bundesprogramms „Demokratie leben! Partnerschaften für Demokratie“ in Dortmund



Die Stadt Dortmund hat sich im Jahr 2007 dazu entschlossen eine langjährige Forderung der Zivilgesellschaft in Dortmund aufzugreifen und sich der Problematik des Rechtsextremismus in der Stadt offensiv zu stellen. Dazu hat der Rat nach intensiver gesamtgesellschaftlicher Diskussion im November 2011 den „Dortmunder Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ beschlos-

sen. Zusätzlich hat der Oberbürgermeister im Jahr 2007 als Brücke zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung einen ehrenamtlichen Sonderbeauftragten für Vielfalt, Toleranz und Demokratie ernannt und 2008 die ihn unterstützende Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie eingerichtet, welche mit zwei hauptamtlichen Fachreferenten besetzt ist. Durch

den Programmen des Bundesfamilienministeriums kam noch eine externe Projektbegleitung als Unterstützung hinzu. Schon durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ konnten zahlreiche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus finanziert werden. So zum Beispiel das Projekt „Formel Respekt – Revival 2013 – Dorstfelder Seifenkistenrennen für Respekt, Toleranz und Verständigung“. Dabei handelte es sich um eine gemeinsame Aktion für Kinder und Jugendliche aus den Stadtteilen Huckarde, Lütgendortmund, Innenstadt-West und Mengede,



die Programme des Bundesfamilienministeriums kam noch eine externe Projektbegleitung als Unterstützung hinzu.

Schon durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ konnten zahlreiche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus finanziert werden. So zum Beispiel das Projekt „Formel Respekt – Revival 2013 – Dorstfelder Seifenkistenrennen für Respekt, Toleranz und Verständigung“. Dabei handelte es sich um eine gemeinsame Aktion für Kinder und Jugendliche aus den Stadtteilen Huckarde, Lütgendortmund, Innenstadt-West und Mengede,

jene Stadtbezirke die verschärft in den Fokus als Aktionsorte der Rechtsextremen gerückt waren. Neben dem Seifenkistenrennen selbst gab es u.a. Workshops zur Team-Bildung und Demokratieförderung.

Auch im neuen Bundesprogramm „Demokratie leben! Partnerschaften für Demokratie“ wird bei der Projektauswahl darauf geachtet, betroffene Stadtbezirke dabei zu unterstützen, die Vielfältigkeit und Offenheit vor Ort stärker in den Vordergrund zu stellen. So wurde im Jahr 2015 ein Projekt des Vereins „Die Urbanisten“ gefördert, bei dem Jugendliche aus dem Stadtteil Innenstadt-West einen län-

Gefördert vom



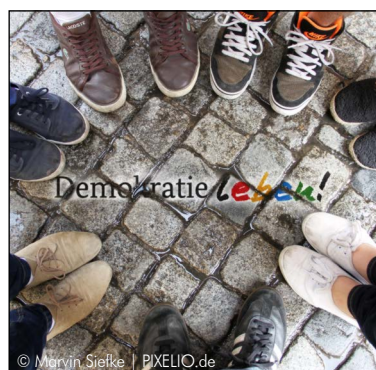
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



geren Mauerabschnitt mit bunten und vielfältigen Botschaften gestaltet und diese Gestaltung im Vorfeld mit Fachpersonal in einem Beteiligungsworkshop erarbeitet haben. 2016 veranstaltete das „Netzwerk gegen Rechts“ im Stadtbezirk Mengede einen Sternmarsch zum 1. Mai. Der Stadtbezirk war am 1.5.2014 Aufmarschort der Naziszene geworden und im vergangenen Jahr verstärkt in den Fokus einer sogenannten Bürgerinitiative gegen die Flüchtlingsunterkünfte geraten. Mit dem Sternmarsch wurde ein deutliches Zeichen für Vielfalt und Toleranz im Stadtbezirk gesetzt.

Beteiligung von jungen Menschen ist ein wichtiger Grundstein

Von **Dr. Axel Lehmann**, Landrat des Kreises Lippe



Der Kreis Lippe ist seit dem 1. Oktober 2015 Partner in dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und vertritt hierbei offensiv den Schwerpunkt „Beteiligung junger Menschen am kommunalen Geschehen“ als klare Grundhaltung. Im Jugendbereich ist der Kreis Lippe, insbesondere die Jugendförderung, seit etlichen Jahren sehr aktiv, unter anderem auch durch den eigenen „Kinder- und Jugendförderplan“.

Ernst gemeinte Partizipation ist der Schlüssel: Jugendliche sollen mitreden und mitbestimmen, ihre Wünsche vor Ort und auf der Kreisebene formulieren und einbringen können, und zwar direkt und ohne bürokratische Hürden.

Der Kreis Lippe hat bereits im Januar 2013 einen ersten großen Jugendkongress zur Fortschreibung des „Kinder- und Jugendförderplans“ durchgeführt. Die

Anregungen der Jugendlichen zur zukünftigen Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit sind in den aktuell bestehenden Förderplan eingeflossen und haben u.a. dazu beigetragen, dass „Politische Jugendbildung“ ein gewünschter Schwerpunkt geworden ist.

Hierauf aufbauend ist dann im Jahr 2015 die Koordinierungs- und Fachstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Jugendamt des Kreises Lippe angesiedelt worden.

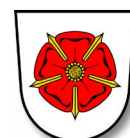
Den Auftakt hierfür hat es im Februar 2016 mit einem großen „1. Lippischen Demokratiekongress“ gegeben, mit der klaren Orientierung auf Beteiligung junger Menschen aus dem Kreisgebiet. Das Plenum dieser Veranstaltung war unter anderem mit Vertretern aus Landes- und Kommunalpolitik, dem Ehrenamt, Jugendeinrichtungen sowie

zahlreichen interessierten Jugendlichen besetzt.

Hieraus hervorgegangen ist beispielsweise das Lippische Jugendforum, in dem seither Jugendliche zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten, wie „Öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum“, „Jugendkulturangebote“ oder „Schule und ihre Auswirkung auf Freizeit“ aktiv tätig sind. Seitens des Kreises Lippe besteht eine enge Vernetzung zu den Städten und Gemeinden im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes, sowie ihren Jugendeinrichtungen und Jugendverbänden. Diese langjährige Kooperation aller Akteure ist der Garant dafür, dass im Schulterschluss relevante Institutionen konstant diverse Jugendbeteiligungsformen anbieten. Hierzu zählen z.B. Demokratiekongress, Jugendforum, jährliche Jugendkongresse, örtliche Jugendkonferenzen und regelmäßige „Ar-

beitskreise zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit“, und dies unter großer Beteiligung jugendlicher und örtlicher Entscheidungsträger.

Mit den Jugendlichen gemeinsam verändern sich aktuell gerade örtliche Wirksamkeitsdialoge zur Jugendarbeit. Jugendliche nehmen Einfluss auf Entwicklungen und Angebote für Kinder und Jugendliche. Erste Erfahrungen zeigen, dass plötzlich mehr Jugendliche an den Wirksamkeitsdialogen teilnehmen und mit ihren örtlichen Jugendeinrichtungen, dem Jugendamt und ihren politischen Entscheidungsträgern vor Ort über Veränderungen sprechen. Veränderungen können bedarfsgerecht und vor allem zeitnah in die Tat umgesetzt werden. Eine gelingende Partizipation ist möglich.



Demokratie leben!

themen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



Nicht in meinem Namen!

"Gemeinsam gegen Diskriminierung, antimuslimischen Rassismus und den Missbrauch von Religion"- Jugendlichen eine Stimme geben!

Von **Christoph Kühn**, Geschäftsführer AWO Arbeit & Qualifizierung gemeinnützige GmbH Solingen



Projekte des Jugend- und Migrationsprojektbüros der AWO AQUA, wurde das Präventionsprojekt „Nicht in meinem Namen“ entwickelt, das durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vom BMFSFJ gefördert wird.



Worum geht es im Projekt?

Wir möchten ein Bewusstsein für antimuslimischen Rassismus schaffen, Differenzierungen aufzeigen

und Vorurteilen entgegenarbeiten. Jugendlichen wird durch verschiedene Aktionen Gehör verschafft, ihnen wird Raum für Fragen geboten und Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierung – speziell Islamfeindlichkeit – aufgezeigt. Sie bekommen die Möglichkeit, gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Initiative zu zeigen.

Muslimische und nicht-muslimische Jugendliche, aber auch Er-

wachsene (u.a. Multiplikatoren) sind willkommen, mehr über den Islam zu erfahren, sich auszutauschen oder Eigeninitiative im Bereich der Toleranz und Demokratieförderung zu ergreifen. Wir bieten schulische und außerschulische Bildungsworkshops im Bereich Islam, Islamfeindlichkeit und Identität an. Außerdem gibt es Freizeit- und kulturpädagogische Aktivitäten (z.B. Theater AG, Videospots, Fotokampagnen etc.), um sich mit den Themen jugendgerecht auseinanderzusetzen. Langfristig ist auch eine Antidiskriminierungsstelle geplant, zu der Jugendliche kommen können, um über ihre Erfahrungen zu sprechen und sich Rat zu holen.

Es gibt kein Patentrezept, aber mit dem Wichtigsten ist es, Rassismus und Diskriminierungserfahrungen anzuerkennen und den Betroffenen zuzuhören. Ebenso wichtig ist es, aus der Opferrolle und der gefühlten Handlungsunfähigkeit herauszukommen.

Kontakt:

AWO Arbeit & Qualifizierung gGmbH Solingen
Außenstelle Jump-In (Jugend- und Migrationsprojekte)
Konrad-Adenauer-Str. 66
42651 Solingen

Frau Hanna Attar,
Islamwissenschaftlerin
Frau Andrea Krumnacker,
Dipl. Pädagogin
0212-231344-25.
h.attar@awo-aqua.de



www.awo-aqua.de

Das Modellprojekt in Solingen läuft seit Februar 2015 in Trägerschaft der AWO Arbeit & Qualifizierung gGmbH Solingen. In Zeiten von PEGIDA, wachsender rechts-populistischer Parteien und Fragen, ob der Islam zu Deutschland gehört, ist es wichtiger denn je jungen Muslimen ein Gehör zu geben.

Muslimische Jugendliche werden zunehmend mit Diskriminierung und Islamfeindlichkeit konfrontiert. Dabei ist egal, ob sie (nicht-)religiös sind oder ih-

re Religion sichtbar machen. Was früher „die Ausländer“ waren, sind heute „die Muslime“. Negative Erfahrungen können dazu führen, dass sich Jugendliche von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. Auf der Suche nach Zugehörigkeit staut sich ggf. Frustration auf, die anfällig macht für Ideen antidemokratischer (insb. islamistischer) Gruppen.

Aus den Erkenntnissen und Erfahrungen im Rahmen anderer

Demokratie leben! Mit Projekten gegen Salafismus und Extremismus



Von **Tim Kähler**, Bürgermeister der Stadt Herford

Im August 2014 kam es in Herford zu einer Massenschlägerei zwischen Jesiden und Salafisten aus Tschetschenien. Auslöser war ein Plakat, auf dem zu einer Demonstration gegen den „Islamischen Staat“ aufgerufen wurde. Ein jesidischer Gastronom hatte dieses Plakat in sein Fenster gehängt. Schon lange schwelte der Konflikt zwischen diesen beiden Gruppen. Die Eskalation im August 2014 aber hatte ein Ausmaß angenommen, das Bürger und Kommune gleichermaßen beunruhigte und erschreckte.

Für uns als Stadt war das der wesentliche Impuls, um uns für das Bundesprogramm Demokratie leben! zu bewerben. Wir mussten

hier etwas tun, um diese Spirale der Gewalt zu durchbrechen und die Jugendlichen zu erreichen, bevor sie in eine extremistische Szene abrutschen.

Die Schwerpunkte unserer Bewerbung für das Bundesprogramm lagen in der Prävention für junge Menschen. Wir wollten und wollen Projekte fördern, die sich mit Extremismus auseinandersetzen, die eine Orientierung geben können. Vielfalt und Toleranz stehen dabei im Vordergrund. Zu unserer großen Freude haben wir mit unseren Ideen überzeugen können und 2015 den Zuschlag bekommen.



Das Bundesprogramm Demokratie leben! läuft über 5 Jahre. Im ersten Jahr 2015 wurden Herford rund 64.000 Euro bewilligt, in diesem Jahr sind es 85.000 Euro - davon müssen wir als Kommune 5000 Euro selber tragen. Von den Geldern werden die Projekte gefördert, aber auch Personalkosten getragen. Die Federführung

hat bei uns das Jugendamt. Hier werden die Abläufe koordiniert und die Gelder beantragt. Eine externe Koordinierungsstelle (Stadtjugendring und Interkulturelle Familienhilfe) berät und unterstützt die Jugendlichen bei ihren Projekten und führt eigene Fachveranstaltungen durch.

Welche Projekte überhaupt umgesetzt werden, entscheidet der Begleitausschuss. In diesem Gremium sitzen neben Jugendlichen und Politikern auch Vertreter der Polizei, der Justiz, des Jugendamtes und des Integrationsrates. In 2015 wurden bereits 16 Projekte gefördert, in diesem Jahr sind es

aktuell 13. Dabei ist zum Beispiel die Produktion eines Videos zur Sensibilisierung von Jugendlichen gegen Salafismus und Rechtsextremismus. Fünf Herforder Jugendliche haben dazu im letzten Jahr das Drehbuch geschrieben, in diesem Herbst wird gedreht. Sie interviewen z.B. einen Aussteiger aus der deutschen Salafisten Szene. Außerdem spielen sie selbst in dem Film verschiedene Rollen und Szenen mit offenem Ausgang.

Der Film soll später in den Schulen gezeigt werden, er wird für Diskussionen sorgen und das ist gut. Genauso soll es sein.



Demokratie leben!

Nordrhein-Westfalen braucht ein neues Luftverkehrskonzept

Von **Udo Mager**, Geschäftsführer Flughafen Dortmund GmbH



© Hans Juergen Landes

Das Land Nordrhein-Westfalen ist am 23. August 70 Jahre alt geworden. Nicht ganz so alt, aber immerhin schon aus dem Jahr 2000, ist das geltende Luftverkehrskonzept. Die Datengrundlagen von damals und die Ausgangssituation für Entwicklungsszenarien finden sich in der Realität des Jahres 2016 nicht mehr wieder. Und dennoch stellt der neue Landesentwicklungsplan (LEP) darauf ab. Mit seiner Neu-

fassung ist ein Weg beschritten worden, der diese Fakten ignoriert und Festlegungen trifft, die in ein fortgeschriebenes Luftverkehrskonzept gehören würden. Es werden, auf veralteten Daten beruhend, Flughafenkategorien definiert und den Airports in Abhängigkeit von der Einstufung unterschiedliche Entwicklungsperspektiven eröffnet. Das bedauern zumindest die Flughäfen, die sich dadurch in ihrer

Zukunftsfähigkeit beeinträchtigt sehen – so auch Dortmund. Und sie werden darin durch den Flughafenverband ADV unterstützt.

Auf Bundesebene steht die Verabschiedung des Luftverkehrskonzeptes für Deutschland bevor. In relativ kurzer Zeit ist eine umfassende Analyse erstellt worden. Die Parallelität der Aufstellung des LEP in NRW und des

Luftverkehrskonzeptes im Bund sind in der Argumentation der Landesregierung auch der Grund dafür, die Arbeit an der eigenen Konzeption zurückzustellen, bis das Konzept des Bundes vorliegt. Es ist ein

Trugschluss anzunehmen, dass der Bund darin Vorgaben für die Luftverkehrsinfrastruktur in NRW treffen würde. Das ist nicht nur nicht beabsichtigt, sondern wäre unter föderalen Aspekten gar nicht zulässig. Die Hausaufgaben müssen in NRW selbst erledigt werden.

Da die Einwendungen der betroffenen Flughäfen keine Berücksichtigung gefunden haben, ist eine Verabschiedung des LEP im Landtag zu vermuten. Die Landesregierung hat die Vorlage inzwischen verabschiedet, so dass sich die Aufmerksamkeit nun auf die Erarbeitung eines Luftverkehrskonzeptes für NRW richten muss. Verkehrsminister Michael Groschek hat erklärt,

der LEP sei „nicht in Stein gemeißelt“. Das ist ein ermutigendes Signal! Es kommt jetzt darauf an, unter Mitwirkung der Flughäfen ein in die Zukunft gerichtetes Luftverkehrskonzept für NRW zu erarbeiten und daraus abzuleitende Anpassungen des LEP vorzunehmen. Darin müsste das polyzentrische Flughafenmodell mit zentralen Drehkreuzen und dezentralen Flughäfen in der Fläche bestätigt und weiterentwickelt werden. Denn nur so können das prognostizierte Wachstum bewältigt und die Vorstellungen zu einem weitgehenden gesellschaftlichen Konsens zur Luftverkehrsentwicklung umgesetzt werden. Es lohnt sich, intensiv an diesem „Projekt“ zu arbeiten. Denn der Luftverkehr ist nicht nur eine Säule der Mobilitätsinfrastruktur neben Straßen, Schienen und Wasserwegen. Er ist auch ein außerordentlicher Wirtschaftsfaktor mit originären Arbeitsplatzeffekten und Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes in der globalen Ökonomie.

SGK-Landesvorstand bekräftigt: „Kommunen von den Sozialausgaben entlasten!“



Deutlich fiel die Beschlussfassung des SGK-Landesvorstand zu den Beschlüssen der Regierungschefinnen und Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 16. Juni 2016 aus: „Die SGK NRW hält die Vereinbarung hinsichtlich der Verteilung der jährlichen 5 Milliarden-Euro-Entlastungen für falsch. Sie entspricht weiterhin nicht der Zielsetzung, durch die Entlastung seitens des Bundes vor allem den strukturschwachen und besonders durch Sozialkosten belasteten Kommunen in Deutschland zu helfen.“

Der vereinbarte Verteilungsschlüssel von 2,4 Milliarden Entlastung

durch eine erhöhte kommunale Umsatzsteuerbeteiligung und weitere 1,6 Milliarden Euro durch eine Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft (KdU) entspricht nicht den Erwartungen der SGK. Gleiches gilt für die Tatsache, dass die Länder eine Milliarde zunächst in ihren Haushalten einnehmen, um sie dann den Kommunen weitergeben zu wollen.

Weiter verschlechtert wird der Kompromiss durch Finanzminister Schäuble. Dieser plant für das Jahr 2018 eine Abweichung von der Vereinbarung, in dem ledig-

lich 0,8 Milliarden Euro anstelle von 1,6 Milliarden Euro über die KdU an die Gemeinden weitergeleitet werden sollen und im Gegenzug der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um weitere 800 Millionen Euro im Vergleich zu Vereinbarung angehoben werden soll.

Die SGK hält weiter an dem Ziel fest, die Kommunen von den Sozialausgaben zu entlasten. Dabei ist der Weg über eine weitgehende, am besten vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II vorzugs-

SGK-Personal



Am 1. September hat **Timon Rhein**, 18 Jahre, aus Mülheim an der Ruhr sein freiwilliges soziales Jahr im politischen Leben in der Landesgeschäftsstelle begonnen.

Er folgt damit auf **Florian Heer**, der sein Jahr bei der SGK NRW beendet hat und nun in Köln Sozialwissenschaften studiert.



IMPRESSUM

Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)

Elisabethstraße 16,
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0,
Fax: 0211-876747-27,

Mail:
info@diekommunale.de,

Internet:
www.diekommunale.de

Verantwortlich (auch für Anzeigen):

Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:

SGK NRW,
Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Das Wunder von Monheim

Von **Sven Wiertz**, Kämmerer der Stadt Remscheid



lung weitestgehend nicht durch den Zuzug von Unternehmen aus den Nachbarstaaten entstanden ist, sondern aus einem Wettbewerb um Steuersätze in der Region. So räumt Monheims Bürgermeister anlässlich der Einbringung des Haushalts 2016 durchaus ein: „Würden wir solchen Unternehmen kein attraktives Hebesatzangebot in Monheim am Rhein unterbreiten, dann würden diese Firmen wohl kaum in Oberhausen, Hagen oder Duisburg Gewerbesteuersätze hinnehmen, die mit über 500 Punkten fast schon doppelt so hoch sind wie der Monheimer Gewerbesteuerersatz. Diese Unternehmen würden in die Niederlande, nach Österreich, Großbritannien oder Irland gehen und dort von Steuersätzen profitieren, mit denen Städte in NRW kaum konkurrieren können.“

In den Ohren der Nachbarn klingen solche Worte wie eine Chuzpe, weil der von Monheim ausgelöste Steuerwettbewerb zu teilweise dramatischen Verwerfungen in den kommunalen Haushalten führt.

Die Antwort auf die Finanzprobleme der Städte und Gemeinden sollten weder übermäßige Steuererhöhungen noch übermäßige Steuersenkungen sein. Hier wird der Glaube genährt, die Lösung der Haushaltskrise läge in den Kommunen. Vielmehr ist eine auskömmliche Gemeindefinanzierung von Nöten, die von Bund und Ländern sichergestellt werden muss. Die Forderungen dafür liegen auf dem Tisch. Die kommunalen Spitzenverbände und das bundesweite „Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte“ fordern damit ein, was im Grundgesetz unter „gleichwertigen Lebensverhältnissen im Bundesgebiet“ als Verfassungsversprechen abgegeben wird.

Das internationale Chemieunternehmen Oxea feierte am 17. Juni Richtfest für die neue Unternehmenszentrale. In Monheim werden ab Anfang kommenden Jahres die Geschäftsführung und die kaufmännischen Zentralfunktionen in das bis dahin für 110 Mitarbeiter fertiggestellte Gebäude im Gewerbepark Rheinpark einziehen.

Wenige Tage zuvor berichtete die WELT über Monheim und begab sich auf die Suche nach den Gründen, wie es der Stadt binnen eines Jahrzehntes gelang die Kehrtwende von 120 Millionen Euro Schulden in einen Haushaltsüberschuss von 120 Millionen Euro zu vollziehen. Bundesweit wird über das „Wunder von Monheim“ gesprochen. Wer die Haushaltsentwicklung der 41.000 Einwohner zwischen Düsseldorf und Leverkusen am Rhein gelegene Stadt nachvollzieht stößt rasch auf den Grund für diese Entwicklung.

Sie lässt sich in einem kurzen Jahresvergleich zusammenfassen: 2009 nahm Monheim bei 435 Hebesatzpunkten Gewerbesteuern von 20 Millionen Euro ein. 2014 waren es bei 285 Hebesatzpunkten 215 Millionen Euro. Im aktuellen Haushalt für 2016 sind bei einem Hebesatz von 265 Punkten 235 Millionen Euro veranschlagt.

Es lohnt sich näher hinzuschauen: Welche Auswirkungen hat die Entwicklung in Monheim auf das Umland? Diese notwen-

dige Betrachtung wird im Monheimer Rathaus ungern gesehen, schließlich erklärt Bürgermeister Daniel Zimmermann: „Wir konkurrieren nicht mit den Nachbarorten, sondern befinden uns in einem internationalen Steuerwettbewerb. (...)Deshalb ist auch der immer wieder zu hörende Vorwurf falsch, wir betrieben unfaires Steuerdumping zulasten der Region.“

Aber betrachten wir die Eingangsbemerkung zum Richtfest für die Unternehmenszentrale der Firma Oxea genauer. Die WAZ meldete am 19. November 2015 „Oxea verlagert Zentrale von Oberhausen nach Monheim“ und führt im Artikel dazu aus: „Ein wichtiger Grund für diese Entscheidung (...): Oxea spart mit der Verlegung der Zentrale nach eigenen Angaben eine Millionen-Summe an Gewerbesteuern. Monheim lockt Unternehmen seit Jahren mit den niedrigsten Gewerbesteuersatz von NRW von bald nur noch 265 Punkten an; Oberhausen berechnet dagegen Betrieben 550 (...)“.

Das ist einer der wenigen Fälle, in denen unternehmensseitig offen über den Effekt der Verlagerung des Unternehmenssitzes gesprochen wird. Die Kommunen sind an das Steuergeheimnis gebunden. Sie dürfen selbst gegenüber ihren Stadträten keine erläuternden Angaben zu einzelnen Steuerfällen machen.

Das Beispiel aus Oberhausen legt nahe, dass Monheims Entwick-

SGK-Buchtipps

Die Planfeststellung Fachplanung in der Praxis

Von Prof. Dr. Bernhard Stürer und Willi Esch Probstfeld, Verlag C. H. Beck, 2. Auflage 2016, ISBN 978-3-406694295, 887 Seiten, 99,- Euro

Das Werk erläutert die Grundlagen der wichtigsten Verfahren sowie die in Betracht kommenden Rechtsschutzmöglichkeiten. Die knapp gehaltenen Ausführungen werden dabei angereichert mit Original-Plan- und Kartenmaterial, in vielen Fällen auch mit beispielhaften Auszügen aus Original-Planbegründungen. Damit erleichtert der Band einerseits Ingenieuren und Architekten den Zugang zu den juristischen Grundlagen der planerischen Tätigkeit und hilft an-

dererseits den Juristen, die oft komplexen Plangebilde besser zu verstehen.

Die 2. Auflage berücksichtigt die Planfeststellungsrichtlinien 2015 sowie sämtliche gesetzliche Änderungen des Fachplanungsrechts bis Anfang 2016. Zudem ist die aktuelle Rechtsprechung vor allem des EuGH und des BVerwG insbesondere zum Umwelt- und Naturschutzrecht und zum verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz berücksichtigt.

Den kommunalen Haushaltsplan richtig lesen und verstehen im Doppischen Rechnungswesen

Von Prof. Dr. Gunnar Schwartz, Erich Schmidt Verlag, 5. Auflage 2016, ISBN 978-3-503-16778-4, 160 Seiten, 26,- Euro

Die neu bearbeitete 5. Auflage des Werks „Den kommunalen Haushaltsplan richtig lesen und verstehen“ ist eine bewährte verständliche und lösungsorientierte Einführung in die kommunale Finanzwirtschaft. Grundlage ist die doppische Rechnungsführung.

Nach der Einführung in die Funktion und Struktur des kommunalen Haushalts werden Ihnen die Aufgaben der Kommunen erläutert – auch in der Differenzierung zwischen Gemeinden und Kreisen.

Der Leser erfährt das Wesentliche zu den kommunalen Steuern sowie alles Wichtige zu den Prinzipien der Gebühren- und Beitrags-erhebung. Auf den kommunalen Finanzausgleich geht der Autor vertiefend ein. Auch Fragen der kommunalen Kreditfinanzierung werden abschließend geklärt.

Um das Buch auch für interessierte Laien gut verständlich zu halten, wurde der Verweis auf Rechtsvorschriften auf ein Minimum beschränkt. Ein kurzes kommentiertes Literaturverzeichnis erleichtert weitergehende Recherchen. Das ausführliche Register erlaubt zudem, das Buch auch als Nachschlagewerk zu nutzen.

Außerdem wird differenziert auf die kommunale Haushaltswirtschaft eingegangen.

Recht der kommunalen Wahlbeamten: Bürgermeister, Landrat, Beigeordneter und Kreisdirektor in Nordrhein-Westfalen

Von Stephan Smith und Gregor Bender, Deutscher Gemeindeverlag, 1. Auflage 2016, ISBN 978-3-555-01746-4, 582 Seiten, 109,- Euro

Das Buch richtet sich an die kommunalen Wahlbeamten in den kommunalen Gebietskörperschaften in Nordrhein-Westfalen. (Ober-)Bürgermeister, Landräte, Beigeordnete und Kreisdirektoren besitzen als Wahlbeamte einen besonderen Status: Ihre Stellung als vom Bürger direkt gewählte Leiter der Verwaltung bzw. von der Vertretung gewählte Wahlbeamte liegt im Grenzgebiet zwischen politischer Willensbildung und fachlicher Verwaltung. Ziel des Buches ist eine Zusammenstellung der in unterschiedlichen Gesetzen und Rechtsgebieten zersplitterten rechtlichen Grundlagen des Rechts der kommunalen Wahlbeamten. Diese Neuerscheinung soll zur Schließung dieser Lücke beitragen, indem das Werk eine Querschnittsdarstellung enthält, die alle Rechtsgebiete, die den kommunalen Wahlbeamten betreffen, in einem Band vereinigt. Dieses Ansinnen dürfte auch bei kommunalen Wahlbeamten in anderen Bundesländern auf besonderes Interesse stoßen. Das juristische Leben aller kommunalen Wahlbeamten wird von Anfang bis Ende behandelt: von Aufstellung und Wahl über die tägliche Amtsausübung bis zur Versorgung im Ruhestand. Der Text enthält echte Praxisfälle und zahlreiche Beispiele.

Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte

Weitere Informationen zum Aktionsbündnis:



Entspannter ankommen. Mit kurzen Wegen.



Dortmund Airport 21



Dortmund – Tor zum Osten

Regelmäßig zu 20 Zielen in Mittel- und Osteuropa.

Treffen Sie uns auch bei [facebook](#) und [twitter](#)

Der Dortmund Airport steht für entspanntes Reisen zu attraktiven Zielen in ganz Europa. Hier sind Sie in wenigen Schritten am Auto und nach wenigen hundert Metern auf der Autobahn. Wann landen Sie in Dortmund?

Dortmund Airport 21

Näher als man denkt.

Jetzt online buchen: www.dortmund-airport.de